Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt, Redaktion und Expedition: Güterbahnhofstraße 2, Fernsprech-Sammelnummer 17 000 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18653. Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2, Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17 000 • Postscheckkonto: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung Montags nachmittags von 5—6 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaft. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. | Dresden Montag, 4. Januar 1926 | Anzeigenpreis: | Nr. 2

Generalstiefel-Daweslasten-Locarno-Ketten

Zur Geschichte der sächsischen Koalitionspolitik

Von Paul Böttcher

I.

Am 4. Januar 1924 wurde das sozialdemokratische Übergangskabinett Fellisch mit Hilfe von 25 Mitgliedern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch das Koalitionskabinett Heldt abgelöst. Seit dieser Zeit herrscht ununterbrochen die Große Koalition in Sachsen. Die Auflösung des Landtages wurde mehrfach verhindert. Keine Regierungskrise störte die arbeiterfeindliche Klassenpolitik der sächsischen Regierung. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Minister Sachsens nehmen am 4. Januar 1926 die Glückwünsche der kapitalistischen Presse zum zweijährigen Bestehen der Großen Koalition entgegen. Der „neue Typus des staatspolitischen und national empfindenden Sozialdemokraten" wird von der Bourgeoisie der Arbeiterschaft als Musterknabe der bürgerlichen Ordnung feierlichst vorgeführt.

Die Geschichte dieser Koalition ist nicht nur für die sächsische, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterklasse wichtig und lehrreich. Die Kommunistische Partei hat in der vergangenen Epoche täglich die politische Korruption der reformistischen Führer an Hand der Ergebnisse der Koalitionspolitik angeprangert. Sie wird diese Arbeit in nächster Zeit zur Aufklärung der breiten Massen, insbesondere auch zur Vorbereitung der in diesem Jahre auf alle Fälle stattfindenden Landtagswahlen in ausgedehntem Maße weiter durchführen. Das zweijährige Bestehen der sächsischen Koalition soll für uns lediglich der Anlaß sein, in erster Linie zwei wichtige Lehren in den Massen zu verbreiten. Erstens: Der Klassencharakter und die Scheindemokratie des modernen Parlamentarismus und die SPD. als eine Partei der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Zweitens: Der Opportunismus der linken sozialdemokratischen Führer und die Rolle der sozialdemokratischen Arbeiter im Klassenkampf.

Es ist Tatsache, daß sich breite Schichten der Arbeiterklasse den bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Einflüssen und Illusionen über den Parlamentarismus bisher noch nicht zu entziehen vermochten. Trotzdem in Sachsen seit der Revolution ununterbrochen von den Arbeitern gewählte kommunistische und sozialdemokratische Vertreter im Parlament die Mehrheit haben gegenüber den kapitalistischen Parteien. Trotzdem seit sieben Jahren die parlamentarischen Verhältnisse in Sachsen ein Schulbeispiel sind für die entscheidende Rolle der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse im Klassenkampf. Das Zustandekommen der Großen Koalition in Sachsen liefert den geschichtlichen Nachweis für die Richtigkeit dieses marxistischen Grundsatzes in besonders anschaulicher und eindeutiger Weise.

Die Heldt-Regierung ist der Abschluß der Reichswehrexekutive gegen Sachsen. Die Reichswehrexekutive war der Einsatz der Machtmittel des bürgerlichen Klassenstaates zur Niederwerfung der Arbeiterschaft. Der Einsatz der äußersten und letzten Machtmittel wurde gefordert von den Organisationen des sächsischen Unternehmertums. Der Verband Sächsischer Industrieller berichtet hierüber in einer am 15. Dezember 1923 erschienenen Denkschrift „Sachsens industrielle Produktion unter sozialistisch-kommunistischem Terror." Die Denkschrift sagt hierüber:

„Dieser Ruf Sachsens als eines bolschewistischen Landes, das man lieber auf der Seite liegen läßt, hat sich allmählich zu einem Exportbindernis ausgewachsen, das in fühlbarster Weise auf der sächsischen Industrie lastet. Der Verband hat daher sich für das Eingreifen des Reiches eingesetzt, nachdem die sächsische Regierung es nicht vermocht hatte, die erste grundlegende Aufgabe einer jeden Staatsverwaltung: Sicherung von Ruhe und Ordnung durchzuführen."

Der Verband Sächsischer Industrieller rühmt sich, daß er von der Reichsregierung die Reichswehrexekutive angefordert hat. Gehorsamst haben Ebert, Sollmann, Hilferding und Schmidt in der Stresemann-Koalition diesem Befehl Folge geleistet. Die Böschel und Konsorten unterstützten die sächsischen Industriellen auf ihre Art, indem sie unter ihren Anhängern die Lüge verbreiteten, die Reichswehr marschiere gegen — Kahr-Bayern.

Der weiße Terror in Sachsen zeitigte alle Erfolge, die sich die sächsische Industrie von ihm erhoffte. Die „öffentliche Ordnung" wurde wieder hergestellt, „Erpressungen von Lohnerhöhungen" hörten auf, die Ausbeutung der Arbeiterschaft konnte wieder „ordnungsgemäß" vor sich gehen. Das war die erste Etappe. Als weitere Maßnahme forderte der VSI. einen grundlegenden politischen „Systemwechsel". Keine Aufhebung des Ausnahmezustandes, keine Zurückziehung der Reichswehr, „ehe ein Systemwechsel und die Beseitigung der [illegible] Mehrheiten" nicht vollzogen sind. Der VSI. forderte deshalb am Schlusse seiner Denkschrift:

„Es muß aber auch dabei betont werden, daß eine dauernde Besserung nur dann zu erwarten ist, wenn der Ausnahmezustand erst dann wieder beseitigt wird, nachdem das bisherige System, wie wir es in seiner ganzen Unzulänglichkeit geschildert haben, umgeändert worden ist."

Zur gleichen Zeit, da der VSI. die Übernahme der Regierung durch seine Vertrauensmänner forderte, also Mitte Dezember, erklärte der demokratische Reichstagsabgeordnete Götz in Leipzig, die Regierung der Großen Koalition in Sachsen werde noch vor dem Landesparteitag der SPD. gebildet. Also geschah der Wille der sächsischen Industrie. Zwei Tage vor dem Landesparteitag der SPD., am 4. Januar 1924, unterschrieb die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit die Forderungen der Militärdiktatur und der Industrie und unterwarf sich der politischen Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien. Dieser Schritt geschah im vollen Einverständnis mit dem Berliner Parteivorstand der SPD. Das war die Parteiexekutive des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens. Sie bildete das notwendige, unvermeidliche Gegenstück zur Reichswehrexekutive Sollmanns und des Generals Seeckt.

Die Regierung Heldt war auch nach dem Abzug der Reichswehr aus Sachsen politisch dem Wehrkreiskommando 4, dem General Müller, unterstellt. Die sächsische Verfassung schreibt vor, daß der Landtag die Regierung wählt und der Ministerpräsident die Richtlinien der Regierungspolitik bestimmt. Seitdem im Oktober 1923 die Papierfetzen der Verfassung in den Drahtverhauen vor dem Sächsischen Landtag höhnisch die „Unverletzlichkeit des Rechts" karikierten, ist in Sachsen die Verfassung mehr denn je für den Hausgebrauch des Verbandes Sächsischer Industrieller angewendet worden. Der General diktierte und Heldt gehorchte. Am 25. Februar 1924 gaben der sächsische Ministerpräsident Heldt und der Minister des Innern Müller dem Reichswehr- und dem Reichsinnenminister bindende Erklärungen über die Beibehaltung der vom General Müller gebildeten sächsischen Hilfspolizei ab. Außerdem wurde feierlich vereinbart, daß alle Maßnahmen vermieden werden sollten, die geeignet wären, „den General Müller zu desavouieren, oder seine Autorität zu verletzen."

Die „Autorität" des Generals Müller hat die Große Koalition aus der Taufe gehoben. Diese geheiligte Autorität zu verletzen, erschien den politischen Feldwebelnaturen innerhalb der sozialdemokratischen Führerschaft als Gotteslästerung. Der Befehl des Generals Müller war ihnen heiliger, wie der Wille hunderttausender sächsischer Proletarier. Die Republik lag vor dem monarchistischen Generalsstiefel im Staube. Seitdem ist die Heldt-Regierung die getreueste Stütze der Marx- und Luther-Regierung gewesen. Die Minister von Generals Gnaden haben unentwegt die politische Arbeit der Schwerindustrie verrichtet. In der Durchführung der Dawespolitik hat sich die sächsische Regierung mit anderen um den Ruhm gestritten, die Bourgeoisie am meisten geschont und das Proletariat am härtesten geknechtet zu haben. In der Einleitung und Fortlegung der Locarnopolitik hat Stresemann keine bedingungslosere Gefolgschaft gehabt, wie die Große Koalition in Sachsen. Hindenburg aber konnte bei seinem Empfang in Dresden sein Glas leeren mit den Worten: „Sachsen, hurra, hurra!" Am Schluß des Jahres 1925 schreibt die ausgleichende Gerechtigkeit der Großen Koalition, der demokratische Abgeordnete Dr. Seifert als Krönung der Arbeit der Großen Koalition: Die Regierung hat eine Politik getrieben, der im allgemeinen auch die Deutschnationale Partei hat zustimmen können.

Die Bourgeoisie, die, wie Lenin sagt, mit allen Mitteln, mit allen Kräften und bei jeglichem Anlaß bemüht ist, den Arbeitern Scheuklappen umzubinden, damit sie nicht sehen, auf welche Weise der Parlamentarismus zum Werkzeug der bürgerlichen Unterdrückung wird, hat auch in Sachsen wider ihren Willen dazu beigetragen, dem Proletariat wichtige Lehren aus dem Anschauungsunterricht über das Wesen der parlamentarischen Demokratie zu übermitteln.

(Schluß folgt.)

Das Programm der Diktatur

Der Reichsbürgerbund diktiert: Anwendung des Artikels 48 und Militärdiktatur

Für die Diktaturgelüste der Reaktion ist eine Neujahrsbotschaft bezeichnend, die der Vorsitzende des Reichsbürgerbundes, Wahlmacher Hindenburgs und Minister a. D. von Loebell verfaßt hat. Es heißt darin:

Wenn der Reichstag anfangs Januar wieder zusammentritt, werde der Reichspräsident die Parteiführer wieder von neuem zu sich berufen müssen. Da man aber das Spiel über die Regierungsbildung noch wochenlang fortsetzen könne, werde es möglich sein, daß Dr. Luther wieder mit der Kabinettsbildung betraut werde. Wenn dann Dr. Luther mit einem sachlichen Programm vor dem Reichstag erscheinen werde, werde er wahrscheinlich eine Billigungsformel einreichen. Sollte aber das parteipolitische Bestreben der SPD. und des Zentrums so weit gehen, daß man Luther stürzt, so seien für den Reichspräsidenten alle Voraussetzungen gegeben, um Neuwahlen auszuschreiben und die in der Verfassung zugestandenen Vollmachten während nicht allzu knapp bemessener Zeit anzuwenden. Sollte aber Luther im Reichstag mit seiner Billigungsformel durchkommen, dann bedarf es auch, wie von der Deutschnationalen Volkspartei ausgesprochen wurde, der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

*

Diese Proklamation des Vorsitzenden des Reichsbürgerbundes ist das Programm der Parteien von den Völkischen bis zu dem rechten Flügel des Zentrums. Diese Proklamation zeigt in aller Deutlichkeit die Gefahren auf, in denen sich die deutsche Arbeiterklasse befindet.

Die Industriekapitäne und Großagrarier fordern die Militärdiktatur, die Anwendung des Artikels 48. Sogar die „Rossische Zeitung", die dazu Stellung nimmt, meint, daß die offenen Aeußerungen von Loebell zeigen, daß die Diktaturpläne offenbar letzteren Inhalt angenommen hätten als man bisher in der Oeffentlichkeit glaube. Der Reichsbürgerbund ist die Organisation, die Hindenburg in den Sattel des Reichspräsidentensitzes geholfen hat. Die Wünsche des Reichsbürgerbundes sind Befehle an Hindenburg. Die Arbeiterschaft muß die Situation klar erkennen. Sie steht vor zwei großen Gefahren: vor der offenen Diktatur und vor der Großen Koalition. Denn die SPD.-Führer werden die Diktaturpläne der Bourgeoisie jetzt als billigen Vorwand benutzen, um trotz des Willens der SPD.-Arbeiter gegen die Große Koalition, in dieselbe einzutreten. Die Angebote seitens der Demokraten und des Zentrums sind da. Bei der Besprechung der Loebell-Proklamation erklärt heute früh das „Kölner Tageblatt":

„Es ist höchste Zeit, daß die Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, durch eine feste Mehrheitsbildung diesen Staatsstreichversuchen ein Ende machen."

Die Auslassungen Scheidemanns, Severings und anderer SPD.-Führer und -Blätter liegen auf der gleichen Linie.

Angesichts dieser beiden Gefahren muß die Arbeiterschaft klar und deutlich erkennen: **Sowohl die offene Diktatur als auch die Regierung der Großen Koalition sind die Machtmittel der Bourgeoisie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse.** Die Arbeiterschaft hat mit beiden nichts gemein. Sie muß den Kampf aufnehmen gegen beide. Es gilt, den Machtmitteln der Bourgeoisie das Machtmittel der Arbeiterklasse,

die Regierung der Werktätigen

entgegenzustellen. In diesem Sinne müssen alle Arbeiter, gleich welcher Parteirichtung, zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen. Alle Parteiinteressen müssen in den Hintergrund treten. Jetzt gilt es, nur noch ein Interesse zu verfechten, das Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Und dieses Klasseninteresse fordert gebieterisch die Herstellung der geschlossenen Kampffront aller Arbeiter, **die rote Klassenfront des Proletariats.** Die Tätigkeit eines jeden Arbeiters im Betrieb, in der Gewerkschaft usw. muß auf der Linie der Herstellung dieser Front liegen. Nur sie kann die Offensive der Unternehmer in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zunichte machen.

Nur sie bringt Rettung.